Themen	Fragen	Antworten					
		CDU	GRÜNE	SPD	FDP	AFD	Die Linke
Die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung sind aktuell drei Ressorts in der Landesverwaltung zugeordnet (KM, SM und MWK)	**Wie sollen in Zukunft die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung entwickelt und gesichert werden?**	Aus Sicht der CDU ist kulturelle Bildung ein zentraler Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Sie ist für uns eine Querschnittsaufgabe, die nicht isoliert einem einzelnen Politikfeld zugeordnet werden kann, sondern vielmehr eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Schulen, Kultureinrichtungen, Vereinen und Zivilgesellschaft erfordert. Unser Ziel ist es, bestehende Strukturen künftig besser zu vernetzen und zu koordinieren.	Kulturelle Bildung ist für uns GRÜNE ein zentraler Bestandteil von Bildungsgerechtigkeit, Teilhabe und demokratischer Kultur in Baden-Württemberg. Das Land war und ist dabei ein verlässlicher Partner für die Akteur*innen der kulturellen Bildung. Die landesweiten Strukturen sind ressortübergreifend im Kultusministerium, Sozialministerium und im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst verankert. Wir arbeiten daran, diese Zusammenarbeit transparent, fair und verbindlich weiterzuentwickeln und eine gemeinsame Förderung der betreffenden Ressorts zu ermöglichen. Unser Ziel ist der Ausbau langfristiger, verlässlicher Strukturen, die Planungssicherheit schaffen und kulturelle Bildung gleichermaßen in Städten wie im ländlichen Raum sichern. Dazu gehört auch ein konsequenter Bürokratieabbau, damit Träger sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können statt auf komplizierte Förderverfahren. Besonderen Wert legen wir auf die Sicherung der Vielfalt. Auch kleinere Verbände und spezialisierte Träger, die sich nicht über hohe Mitgliederzahlen finanzieren können, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Bildung im Land. Ihre Förderung soll sich an fachlicher Qualität, Wirkung und landesweiter Bedeutung orientieren – nicht an der Größe der Organisation. Bildungsreferent*innen-Stellen sind für Koordination, Vernetzung, Qualifizierung und fachliche Weiterentwicklung zentral. Wir setzen uns dafür ein, diese Strukturen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass alle landesweit tätigen Träger mit entsprechendem Auftrag Zugang zu einer geförderten Stelle erhalten. Die Preissteigerungen der letzten Jahre belasten die Träger der kulturellen Bildung erheblich. Auch hier bleibt das Land ein verlässlicher Partner. Wir setzen uns dafür ein, dass institutionelle Förderungen und wiederkehrende Zuschüsse regelmäßig überprüft und an reale Kostenentwicklungen angepasst werden. Langfristige Förderzusagen sind ein zentrales Instrument für Planungssicherheit. Mit Blick auf kommunale Haushalte ist für uns klar: An sozialer, kultureller und Bildungsinfrastruktur darf nicht gespart werden – weder in Städten noch im ländlichen Raum. Kulturelle Bildung ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft, in Zusammenhalt, Demokratie und Chancengerechtigkeit. Insbesondere bei Festbetragszuschüssen zu Bildungsreferent*innen-Stellen ist es uns wichtig, dass diese sich an tatsächlichen Personalkosten orientieren und regelmäßig fortgeschrieben werden. Faire Arbeitsbedingungen und nachhaltige Strukturen gehören für uns untrennbar zusammen. Wir setzen auf eine starke Landesförderung, gezielte Unterstützung der Kommunen und Bürokratieabbau in Förderprogrammen, damit kulturelle Bildungsangebote unabhängig vom Wohnort und von der Finanzkraft der Kommune erhalten bleiben.	Aus Sicht der SPD steht die Kulturlandschaft in Baden-Württemberg unter enormem Finanzdruck. Auch wenn die Landesregierung Erhöhungen im Kulturetat verkündet, reichen diese nicht aus, um Tarifsteigerungen und gestiegene Betriebskosten zu kompensieren. Der finanzielle Druck, der aktuell auf den Kommunen lastet, tut sein Übriges. Gestrichene Fördermittel lassen künstlerische Vielfalt versiegen und kulturelle Bildung und Teilhabe werden wieder zum Privileg. Aus unserer Sicht hat die grün-schwarze Landesregierung es versäumt, die Kulturfinanzierung zukunftssicher zu gestalten, und gefährdet so auch die kulturelle Bildung in Baden-Württemberg. Für die SPD steht fest, dass Kultur und kulturelle Bildung zentrale Bestandteile unserer Gesellschaft sind und dass sie zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung beitragen. Die SPD wird Kultur und kulturelle Bildung den Raum geben, den sie verdienen. Eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung bilden die Grundlage der SPD-Kulturpolitik. Deshalb wird sich die SPD u.a. für klare Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln einsetzen. Dafür ist auch eine ressortübergreifende Überprüfung der bisherigen Fördertöpfe und -kriterien notwendig. Um die Förderinstrumente zu vereinfachen, ist auch eine Zusammenführung von Fördertöpfen denkbar. Eine auskömmliche und gesicherte finanzielle Förderung darf nicht an Ressortgrenzen scheitern.	Für uns steht Planungssicherheit im Zentrum: Landesweite Strukturen müssen so gefördert werden, dass sie verlässlich arbeiten und Angebote dauerhaft vorhalten können. Wir setzen uns deshalb für verstetigte Förderung dort ein, wo Strukturen sich bewährt haben und landesweit Wirkung entfalten, statt jährlicher „Hängepartien" in den Haushaltsberatungen.	Die kulturelle Jugendbildung hat für uns einen hohen Stellenwert und soll entsprechend ihrer Bedeutung für die Jugend fortgeführt und gestärkt werden. Die kulturelle Jugendbildung verfolgt in den verschiedenen Ressorts unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Selbstverständlich sind Parallelstrukturen zu vermeiden. Wir wollen die landesweiten Strukturen der kulturellen Bildung verlässlich weiterentwickeln und sichern, mit klaren Zuständigkeiten und nachvollziehbaren Rahmenbedingungen. Die gestiegenen Kosten und Mehrbedarfe der letzten Jahre haben wir dabei im Blick; Förderfragen müssen jedoch stets im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten und einer verantwortungsvollen Prioritätensetzung betrachtet werden. Auch kleinere Verbandsstrukturen sollen angemessen berücksichtigt werden, nicht allein nach Mitgliederzahlen, sondern nach Wirkung und fachlicher Bedeutung. Bei Festbetragszuschüssen ist es sinnvoll, regelmäßig zu prüfen, ob sie noch realistisch zu den tatsächlichen Kosten passen und wo praktikable Lösungen möglich sind. Im Blick behalten wir zudem Bedarfe bei Koordination, Qualifizierung und Digitalisierung auf Landesebene. Gleichzeitig respektieren wir die Finanzautonomie der Kommunen: Unser Anliegen ist es, Städte und Gemeinden finanziell auskömmlich auszustatten, damit sie ihre Aufgaben – auch in der kulturellen Bildung – eigenverantwortlich wahrnehmen können.	Wir fordern eine Abkehr von der reinen Projektlogik hin zu einer nachhaltigen, unbürokratischen und autonomen Kulturförderung, die Planungssicherheit bietet. Um finanziellen Mehrbedarfen und Preissteigerungen gerecht zu werden, setzen wir uns für höhere Landesmittel für Kultur in den Kommunen allgemein ein. Wir fordern zudem die Beendigung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern, um Bildung und Kultur als Gemeinschaftsaufgabe dauerhaft und verlässlich finanzieren zu können. Ein zentraler Baustein ist die Einrichtung eines eigenständigen Bundeskulturministeriums, um die Belange der Kultur wirksamer zu vertreten.
	Was planen Sie, um den finanziellen Mehrbedarfen (durch Preissteigerungen der letzten Jahre) bei den landesweiten Strukturen zu begegnen?	Wie politisch zugesagt, haben wir im Zeitraum 2016 bis 2021 die Landesförderung für die Jugendbildung von 5 Mio. Euro pro Jahr auf 10 Mio. Euro pro Jahr verdoppelt und dieses Niveau seither trotz schwieriger Rahmenbedingungen gehalten. Das Gesamtvolumen des Landesjugendplans, der die kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen aller Ressorts umfasst, welche sich direkt oder indirekt an Kinder und Jugendliche im Land richten, ist in derselben Zeit von rund 88 Mio. Euro auf rund 113 Mio. Euro gestiegen; im Jahr 2026 liegt sein Volumen bei rund 167 Mio. Euro. Das zeigt, welche Bedeutung wir den Strukturen der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung sowie der Kinder- und Jugendsozialarbeit im Land beimessen.		Musikschulen, Kunstschulen und vergleichbare Institutionen sind tragende Säulen der kulturellen Bildung in Baden-Württemberg. Deshalb wird die SPD die Landesförderung der Musikschulen auf 15 Prozent der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal erhö- hen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und sichern den Zugang zu kultureller Bildung im ganzen Land. Für Jugend- und Privattheater wird die SPD mehr Mittel zur Verfügung stellen. Aus Sicht der SPD ist die Amateurmusik ein unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Bildung. Sie stärkt die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den ländlichen Raum. Aus diesem Grund hat die SPD im Landtag in der letzten Haushaltsdebatte den Antrag gestellt, die Kürzung der Mittel für die Amateurmusik zurückzunehmen. Darüber hinaus haben wir den Vorschlag gemacht, eine Rahmenvereinbarung aufzusetzen, um Vereine der Breitenkultur bei den Kosten für GEMA-Gebühren finanziell zu unterstützen. Grüne und CDU haben diese Anträge abgelehnt.	Wir wollen, dass Förderstrukturen nicht real abschmelzen. Daher setzen wir zum einen auf Dynamisierung in der institutionellen Förderung, also die regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung an Kostenentwicklung insbesondere der Personal- und Sachkosten. Zum anderen können mehrjährige Fördervereinbarungen wie beispielsweise im Sport helfen um Kostensteigerungen planbar zu berücksichtigen und Trägern Verlässlichkeit zu geben.		
	Wie wird in ihren Überlegungen die Förderung kleinerer Verbands-strukturen, die nicht über viele Mitglieder finanziert werden können (z.B. Bödeckerkreis, Jugendzirkusse, Jugendpresse, etc.) mitgedacht?	Im Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums ist der Haushaltsansatz zur Förderung von Bildungsreferentenstellen in der laufenden Wahlperiode von 2,86 Mio. Euro im Jahr 2021 auf 3,28 Mio. Euro im Jahr 2026 gestiegen. Auf Basis der einschlägigen Fördervorschriften hat sich die Förderung je Stelle in dieser Zeit jedes Jahr automatisch um 2,5 Prozent dynamisiert. Diesen Weg wollen wir weitergehen.		Wir fördern selbstverständlich auch die Arbeit in kleinen Verbandsstrukturen, soweit sie in die Fördersystematik, der im Landeshaushalt bzw. der in den kommunalen Haushalten freigegebenen Mittel passt. Diese ist in der Regel viel offener, als es für möglich gehalten wird. Es ist bei der Priorisierung der Mittel auch angemessen, dass für alle dieselben Spielregeln gelten.	Wir wollen kulturelle Bildung stärker ressortübergreifend denken. Aus unserer Sicht braucht es für Angebote, die systematisch in Schule, Ganztag und Jugendhilfe hineinwirken, auch eine transparente Mittelzuordnung zwischen den beteiligten Ressorts, damit Finanzierung nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitert. Damit gelingt auch die Förderung der kulturellen Bildung in der Breite.		Kulturförderung muss an soziale Standards geknüpft werden. Wir fordern eine faire Entlohnung, die sich bei Festangestellten an den Tariflöhnen (TVöD) und bei Honorarverträgen an branchenspezifischen Honoraruntergrenzen orientiert. Wir unterstützen die Bereitstellung von weiteren Geldern zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum.
	Neben der Institutionellen Förderung werden einige Träger auch mit Festbetragszuschüssen zu Bildungsreferent*innen-Stellen gefördert: Wie stellen Sie sicher, dass der Festbetragszuschuss sich an den tatsächlichen Personalkosten orientiert? Wie stellen Sie sicher, dass alle Träger, die ein Bildungsreferent*innen-Stelle benötigen, auch eine Stelle gefördert bekommen?			Wir von der SPD werden die Förderung der Jugendarbeit weiter vorantreiben und stärken. Das Budget für die Bildungsreferent:innen im Landeshaushalt ist – wie jede andere Landesförderung – in der Höhe begrenzt. Bisher wird die Förderung im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt. Höchstens werden jedoch 90 Prozent der anerkannten Personalkosten gezahlt. So werden mehr Stellen finanziert, als wenn die tatsächlichen Personalkosten anerkannt würden. Der Festbetrag erhöht sich jährlich um 2,5 Prozent. Bei der Aufteilung der Förderung auf die Antragsteller spielen insbesondere der Landesjugendring und die LAG-Jugendsozialarbeit eine große Rolle. Innerhalb der kommenden Haushaltsberatungen wird sich die SPD für eine Weiterentwicklung der Haushaltsansätze einsetzen und auch gern mit den Verbänden darüber sprechen, wie das Budget zukünftig aufgeteilt werden soll.	Wir wollen, die Förderung der Stellen für Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten bürokratisch entschlacken und den Trägern dabei mehr Flexibilität ermöglichen. Die Festbetragszuschüsse sollen so ausgestaltet werden, dass sie eine realistische Annäherung an die tatsächlichen Personalkosten ermöglichen, ohne die Träger dabei starr festzulegen. Wir setzen dabei auf eine bedarfsgerechte, faire und transparente Förderung: Träger, die einen nachvollziehbaren Bedarf für eine Bildungsreferentinnen- oder Bildungsreferenten-Stelle nachweisen und qualifizierte Bildungsarbeit leisten, sollen im Rahmen der verfügbaren Mittel vorrangig berücksichtigt werden. Eine starre Garantie für alle Träger wird dabei bewusst vermieden, stattdessen sollen klare Kriterien und regelmäßig überprüfte Prioritäten sicherstellen, dass die Unterstützung dort ankommt, wo sie die größte Wirkung entfaltet.		Wir setzen uns für das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ein. Förderungen müssen an die Tarifentwicklung (TV-L/TVöD) gekoppelt sein. Festbetragszuschüsse müssen so bemessen sein, dass eine Eingruppierung nach Tarif möglich ist, ohne dass der Träger in ein Defizit läuft. Prekäre Beschäftigung durch unterfinanzierte Stellen muss beendet werden.
	Welche Ausbaubedarfe sehen Sie bei den außerschulischen Akteur*innen der kulturellen Bildung auf Landesebene?	Sinkende kommunale Einnahmen können dazu führen, dass Angebote der kulturellen Bildung unter Spardruck geraten. Dies nehmen wir als CDU ernst. Wir setzen deshalb auf Verlässlichkeit und Partnerschaft gegenüber den Kommunen und Kultureinrichtungen. Wir stehen auch in finanziell schwierigen Zeiten zu unserer Verantwortung für Kunst, Kultur und kulturelle Bildung und halten die Förderzusagen stabil. Insbesondere bei gemeinsam von Land und Kommunen getragenen Einrichtungen sorgen wir für Planungssicherheit, indem Finanzierungsanteile nicht kurzfristig gekürzt werden, selbst wenn Kommunen ihre Zuschüsse vorübergehend reduzieren müssen. Damit wird verhindert, dass bewährte Strukturen der kulturellen Bildung wegbrechen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die kommunale Finanzkraft insgesamt zu stärken, damit Städte und Gemeinden auch weiterhin freiwillige Leistungen wie kulturelle Bildungsangebote erbringen können. Nur handlungsfähige Kommunen können kulturelle Vielfalt vor Ort dauerhaft sichern.		Musikschulen, Kunstschulen und vergleichbare Institutionen sind tragende Säulen der au- ßer-schulischen kulturellen Bildung in Baden-Württemberg. Deshalb wird die SPD die Landeförderung der Musikschulen auf 15 Prozent der anerkannten Kosten für das pädagogische Personal erhöhen. Damit schaffen wir Planungssicherheit und sichern den Zugang zu kultureller Bildung im ganzen Land.	Eine zentrale, unmittelbar anstehende Herausforderung ist die bessere Einbindung der außerschulischen Akteure in Ganztag und Schule. Für eine systematische Einbindung braucht es passende Rahmenbedingungen. Zudem sollte jede Schule ein Budget für Kooperationen mit außerschulischen Partnern erhalten.		Die Linke Baden-Württemberg sieht erheblichen finanziellen und strukturellen Ausbaubedarf bei den außerschulischen Akteur*innen der kulturellen Bildung, um eine „Kultur für alle" dauerhaft zu verwirklichen. Zentrales Ziel ist die Abkehr von der reinen Projektförderung hin zu einer nachhaltigen, unbürokratischen Basisfinanzierung, die Planungssicherheit schafft. Dafür wollen wir Kulturförderung als gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen verankern. Notwendig sind zudem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, tarifoientierte Bezahlung sowie verbindliche Honoraruntergrenzen. Zur Stärkung der Infrastruktur – insbesondere im ländlichen Raum – setzen wir auf regionale Kompetenzzentren, die Sicherung von Proberäumen und Ateliers sowie Investitionen in Digitalisierung und Barrierefreiheit. Ergänzend wollen wir gezielt diverse, migrantische und queer-feministische Angebote fördern, damit kulturelle Bildung allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel offensteht.
	Wie gehen Sie als Landesregierung damit um, dass in Kommunen die Angebote der kulturellen Bildung den Spramaßnahmen wegen sinkender kommunaler Einnahmen zum Opfer fallen?			Für die SPD gilt grundsätzlich: Wer auf Landesebene neue Pflichten erlässt, finanziert sie künftig vollständig und dynamisch. Damit beenden wir den jahrelangen Kostendurchmarsch von oben nach unten, der die Kassen der Kommunen leerfegt und auch die kulturelle Bildung in den Kommunen bedroht. Zudem wird die SPD jährlich rund 300 Millionen Euro zusätzlich an Städte und Gemeinden weiterleiten. Das Geld stammt aus den Überschüssen des Landes und wandert direkt in örtliche Projekte, beispielsweise der kulturellen Bildung, statt in Landesrücklagen zu versickern. Die Kommunen haben vielfältige Aufgaben zu bewältigen, doch oft fehlen dafür die Mittel. Die SPD wird die Kommunen deshalb an vielen Stellen und bei vielen Aufgaben unterstützen.	Wir setzen auf starke kommunale Selbstverwaltung und weniger Bürokratie, damit vor Ort Spielräume entstehen und Mittel zielgerichteter eingesetzt werden können. Wenn Kommunen sparen müssen, helfen tragfähige Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und Kultureinrichtungen, Angebote weiterhin niedrigschwellig vorzuhalten. Viele kulturelle Bildungsangebote hängen am Ehrenamt. Wir wollen eine landesweite Engagement-Strategie und moderne, digitale Unterstützung für Engagierte – das stabilisiert auch kommunale Angebotslandschaften		Damit Angebote der kulturellen Bildung nicht kommunalen Sparzwängen zum Opfer fallen, fordern wir, die Kulturförderung als gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen zu verankern. Nur so kann verhindert werden, dass sie bei knappen Kassen als „freiwillige Leistung" zuerst gekürzt wird. Zudem streben wir eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch eine Gemeindewirtschaftsteuer an
Fachliche Weiterentwicklung							
Die Jugend und die Jugendbildung verändern sich kontinuierlich. Um attraktive und passgenaue Angebote zu entwickeln, bedarf es auch in der kulturellen Bildung kontinuierliche Weiterbildung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden.	**Wie wollen Sie von Landesseite die fachliche Weiterentwicklung in der außerschulischen kulturellen Bildung unterstützen?**	Die CDU strebt an, bestehende Strukturen künftig besser zu vernetzen und zu koordinieren. Damit einher kann auch eine Stärkung der fachlichen Weiterentwicklung gehen.	Wir Grünen verstehen die außerschulische kulturelle Bildung in Baden-Württemberg als einen unverzichtbaren Bestandteil einer vielfältigen Bildungslandschaft. Von Landesseite wollen wir die fachliche Weiterentwicklung unterstützen, indem wir zugängliche Weiterbildungsangebote fördern, die sowohl künstlerische als auch pädagogische Kompetenzen stärken. Dabei setzen wir auf den Ausbau interdisziplinärer Zusammenarbeit, etwa mit der Kinder- und Jugendhilfe, der politischen Bildung, der Umweltbildung oder der Sozialarbeit. Besonders wichtig ist uns, die Kooperation zwischen außerschulischen Bildungsträgern und Ganztagsschulen zu erleichtern. Wir setzen uns dafür ein, dass externe Fachkräfte den Unterricht aktiv mitgestalten können – gerade in musischen Fächern, in denen es einen akuten Fachkräftemangel gibt. Bestehende Strukturen, Fachstellen und Netzwerke sollen weiterentwickelt und verlässlich gesichert werden, um Qualität, Austausch und Innovation dauerhaft zu gewährleisten. Die Unterstützung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung ist für uns Grüne auch in	Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur- (bildungs-)orten zusammenarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren. Darüber hinaus wird die SPD die Digitalisierung der Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen, die sich oft auch in der kulturellen Bildung engagieren, fördern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die SPD wird sich zudem für eine Aufstockung der Landesmittel einsetzen, um die Qualifizierung im Bereich der kulturellen Bildung voranzutreiben.	Wir setzen auf verstetigte, verlässliche Förderung statt kurzfristiger Projektlogik, damit Träger fachliche Entwicklung nachhaltig leisten können. Zudem wollen wir Fortbildungsangebote ausbauen und zugänglicher machen. Und schließlich wollen wir mehr Kooperationen zwischen Schulen und Kulturträgern ermöglichen, die Reichweite und Qualität stärken, verbunden mit klaren Rahmenbedingungen und Koordinationslogik.	Zur Weiterentwicklung der außerschulischen kulturellen Bildung sind uns praxisnahe, gut zugängliche und wirksame Qualifizierungsangebote wichtig. Wir setzen dabei auf Strukturen, die Fortbildung, Beratung und Vernetzung ermöglichen und Haupt- wie Ehrenamtliche unterstützen. Beim Thema Inklusion brauchen wir einen differenzierten, realistischen Ansatz: Kulturelle Bildung soll grundsätzlich offen sein, aber Inklusion ist nicht in jedem Fall das passende Modell. Wir wollen daher unterschiedliche Wege respektieren und bewährte Strukturen wie Förderschulen sowie deren fachliche Kompetenzen erhalten und stärken. Bei Digitalität und KI sehen wir wachsenden Bedarf an Orientierung, Beratung und Fortbildung. Hier sollen Träger und Initiativen beim Kompetenzaufbau unterstützt werden, wobei bestehende Angebote – etwa „jugend@bw" – je nach Bedarf und finanziellen Möglichkeiten weiterentwickelt werden können. Auch der Fachkräftemangel bleibt eine zentrale Herausforderung. Wir wollen tragfähige Ansätze unterstützen, die Qualifizierung stärken, Fachkräfte entlasten und		Weiterbildung ist Arbeitszeit. Das Land muss kostenfreie Fortbildungsprogramme für Haupt- und Ehrenamtliche finanzieren und den Verdienstausfall bzw. Freistellungen für Ehrenamtliche (Bildungszeitgesetz) deutlich verbessern und unbürokratischer gestalten. Inklusion darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen. Wir fordern ein Investitionsprogramm „Inklusive Bildung", um Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei umzubauen und personell so auszustatten, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können.

	Welche Impulse und Unterstützung erhalten landesweite Strukturen der kulturellen Bildung hinsichtlich Themen wie Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen von Ihnen? (Umsetzung des neuen SBG VIII// SGB IX)	Mit der vom Land geförderten Projektfachstelle Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit wurde eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die als Schnittstelle Wissen und Erfahrungen zum Themenfeld bündelt und diese gleichermaßen für die Praxis und die Politik verfügbar macht. Sie berät und unterstützt Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit und fördert die Vernetzung von Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit mit der Behindertenhilfe auf Landesebene. Außerdem werden bedarfsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen für haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte entwickelt. Mit dem Förderprogramm „Impulse Inklusion", das bereits seit mehr als zehn Jahren innovative, gesamtgesellschaftlich wirkende inklusive Projekte unterstützt, haben wir in diesem Jahr besonders Initiativen in den Blick genommen, die Impulse für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen und deren Familien setzen. Insgesamt ist der Masterplan Jugend darauf ausgerichtet, die politische und gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen in BW auf allen Ebenen zu stärken und Projekte, Initiativen und Akteure bei der regionalen und lokalen Umsetzung zu unterstützen. Dabei kommt der Partizipation benachteiligter Kinder und Jugendlicher besondere Bedeutung zu. Es gibt also schon heute eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, um landesseits Impulse hinsichtlich der Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen zu setzen. Deren Wirksamkeit und Zielgenauigkeit wollen wir weiterhin regelmäßig überprüfen und im Bedarfsfall praxisgerechte Anpassungen vornehmen.	Die Umsetzung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe ist für uns Grüne auch in der kulturellen Bildung ein zentrales Anliegen. Die UN-Behindertenrechtskonvention, die geltendes Recht in Deutschland ist, erfordert die Ermöglichung einer umfassenden Teilhabe behinderter Menschen. Alle Institutionen haben somit den Auftrag, sich inklusiv aufzustellen. Wo dies mit zusätzlichen Ausgaben verbunden ist, muss der zuständige Kostenträger nach SGB IX bzw. VIII einspringen. Dies wird vom Land regelmäßig gefördert. Zu diesem Auftrag und zu dieser Verpflichtung stehen wir auch im Bereich der kulturellen Jugendbildung. Wir wollen, dass junge Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg selbstverständlich an kulturellen Angeboten teilhaben können. Dafür setzen wir auf die Stärkung von Kooperationen zwischen Trägern der kulturellen Bildung, der Behindertenhilfe und Selbstvertretungsorganisationen. Gleichzeitig wollen wir die Qualifizierung von Fachkräften im Bereich inklusiver Praxis gezielt ausbauen und sicherstellen, dass inklusive Mehrbedarfe, etwa für Assistenz, Barrierefreiheit oder zusätzliche Zeitressourcen, verlässlich finanziert werden. Wir setzen bewusst auf die Weiterentwicklung bestehender guter Praxis statt auf kurzfristige Einzelprojekte. Digitalisierung darf für uns Grüne nicht an der Schultür enden. Auch Einrichtungen der außerschulischen kulturellen Bildung in Baden-Württemberg brauchen Unterstützung bei digitalen Arbeitsformen, medienpädagogischen Konzepten und beim reflektierten Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Wir wollen den konkreten Bedarf der Träger anerkennen und entsprechende Fortbildungs-, Beratungs- und Austauschformate fördern. Das Projektbüro „jugend@bw" ist hierfür ein bewährtes Beispiel, das Akteurinnen und Akteure bei digitaler Jugendarbeit unterstützt. Wir setzen uns dafür ein, dieses Angebot bei entsprechendem Bedarf fortzuführen und weiterzuentwickeln und machen uns im Rahmen der Haushaltsberatungen des Landes dafür stark. Der Fachkräftemangel stellt auch die kulturelle Bildung in Baden-Württemberg vor große Herausforderungen. Wir Grünen wollen dem begegnen, indem wir Quereinstiege erleichtern sowie Weiter- und Fortbildungsangebote ausbauen und vereinfachen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Attraktivität der Arbeitsfelder zu erhöhen, etwa durch verlässlichere Förderstrukturen, bessere Qualifizierungsmöglichkeiten und langfristige Perspektiven für Fachkräfte. Gute kulturelle Bildung braucht gut ausgebildete und motivierte Menschen – dafür wollen wir die Rahmenbedingungen nachhaltig verbessern. Wir Grünen setzen uns in Baden-Württemberg für eine spürbare Entlastung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen der kulturellen Bildung ein. Dazu gehören entbürokratisierte Förderverfahren, der konsequente Einsatz digitaler Antrags-, Abrechnungs- und Nachweissysteme sowie praxisnahe Schulungs- und Beratungsangebote zu Themen wie Jugendschutz, Datenschutz und digitalen Verwaltungsprozessen. Landesweite Dach- und Fachverbände spielen dabei eine zentrale Rolle. Wir wollen sie gezielt dabei unterstützen, ihre Mitgliedseinrichtungen fortzubilden, Wissen weiterzugeben und rechtliche Sicherheit landesweit zu stärken.	Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe. Aus Sicht der SPD ist sie allerdings in der Bildung besonders wichtig. Inklusive Pädagogik muss verbindlicher Bestandteil in der Aus und Weiterbildung von Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften sein. Im Bund wollen wir einen neuen Anlauf für das Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz einleiten, auch damit klar ist, dass im Leistungsrecht vorrangig das SGB VIII und nicht das SGB IX für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen anzuwenden ist. Dies wird auch Folgen für die Jugendhilfe und die Kinder- und Jugendarbeit in Baden-Württemberg haben. Sie wird „inklusiver" und das muss auch in der Praxis umgesetzt werden. Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit wollen wir bei der Umsetzung und bei der Anpassung der Angebote unterstützen und fördern	Wir orientieren uns am Anspruch selbstbestimmter, gleichberechtigter Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir wollen Inklusion pragmatisch ermöglichen. Unser Ansatz in der Inklusion zielt auf passende Lösungen und ausreichende Ressourcen statt Symbolpolitik. Zudem sehen wir im Abbau von Antragsbürokratie und Formalismen einen zentralen Hebel, um die Förderpraxis zu entfesseln.	Kooperationen verbessern. Gleichzeitig nehmen rechtliche und administrative Anforderungen zu; deshalb sind praxistaugliche Informationen und Fortbildungen etwa zu Datenschutz, Jugendschutz oder digitalen Abläufen wie der E-Rechnung wichtig. Dach- und Fachverbände sehen wir als wichtige Multiplikatoren, damit Wissen und Standards wirksam in die Fläche getragen werden.	
	Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um Einrichtungen, Träger und initiativen der kulturellen Bildung bei Themen wie Digitalität oder KI zu unterstützen? Planen Sie das Projekt "Jugend@bw" mit seinen Angeboten im Bereich Fortbildungen, Beratungen und Fachaustausch zur digitalen Arbeit fortzusetzen?	Wir wissen, dass auch in der Kinder- und Jugendarbeit die Digitalisierung eine zentrale Rolle spielt. Digitale Angebote schaffen neue Zugänge zur Teilhabe und ermöglichen zeitgemäße Beteiligung junger Menschen. Die CDU setzt sich dafür ein, digitale Infrastruktur, medienpädagogische Kompetenzen und die Qualifizierung von Fachkräften gezielt zu stärken, um analoge und digitale Angebote sinnvoll zu verbinden und Jugendangebote zukunftsfest aufzustellen. Dementsprechend spricht viel dafür, das Projektbüro „jugend@bw" fortzuführen		Das Land Baden-Württemberg braucht eine umfassende KI-Strategie, die wichtige gesellschaftlichen Bereiche einbezieht, insbesondere auch den Bereich der Bildung. KI darf kein rechtsfreier Raum sein. Ihr Einsatz muss sich an demokratischen Grundwerten, an Grundrechten und am Prinzip der Transparenz orientieren. Die SPD wird sich für klare Regeln einsetzen, unter anderem im Bereich der Bildung. In der Corona-Krise hat sich wie auch in anderen Gebieten verdeutlicht, dass die meisten Verbände und Organisationen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, noch enormes Verbesserungspotential in der Digitalisierung haben. Es war deshalb richtig, das Projektbüro "jugend@bw" aufzubauen. Die Unterstützung aller in der Kinder- und Jugendarbeit Engagierten ist aber auch nach der Corona-Krise wichtig und erforderlich. Natürlich wollen wir von der SPD diese Hilfen fortsetzen.	Digitale Bildung beginnt für uns nicht mit dem Tablet im Klassenzimmer, sondern mit der Fähigkeit, digitale Inhalte kritisch zu hinterfragen, eigene Inhalte verantwortungsvoll zu erstellen und technische Werkzeuge sinnvoll einzusetzen. Daher muss Medienbildung integraler Bestandteil aller Bildungspläne und Fächer sein, denn der souveräne Umgang mit digitalen Medien ist für uns eine Schlüsselkompetenz. Wir wollen zeitgemäßes ehrenamtliches Engagement durch digitale Tools und Schulungen ermöglichen und erfolgreiche Unterstützungsangebote für digitale Jugendarbeit grundsätzlich weiterführen und wirkungsorientiert weiterentwickeln.		Wir fordern eine Digitalisierungsstrategie auf Open-Source-Basis. Wir setzen uns für eine Digital-Offensive für Bildung ein, die Mittel für Infrastruktur, Software und spezialisiertes Fachpersonal zur Verfügung stellt. Die Medienkompetenz muss in allen Bildungsbereichen, von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, zentral vermittelt und gefördert werden.
	Wie wollen Sie dem Fachkräftemangel in der kulturellen Bildung begegnen?	Wie im Bereich der Musik sollen auch in der Kunst junge Talente frühzeitig entdeckt, gefördert und ihr Interesse für ein Studium geweckt werden. Das Schülermentoren-Programms Kulturelle Jugendbildung ist dazu ein wichtiger Beitrag. Analog zur Musik ist eine Studienvorbereitende Ausbildung zu beraten. Aus Sicht der CDU ist eine starke kulturelle Bildung ohne gut abgesicherte Künstlerinnen und Künstler nicht denkbar. Zentral ist dabei zunächst die soziale Absicherung. Wir bekennen uns zur Künstlersozialversicherung als unverzichtbare Grundlage für selbstständig tätige Künstlerinnen und Künstler. Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, im außerschulischen Kulturbereich mehr dauerhafte Beschäftigungsperspektiven zu ermöglichen. Statt einer einseitigen Abhängigkeit von kurzfristigen Projektförderungen sollen kulturelle Einrichtungen verlässlicher finanziert werden, so dass sozialversicherungspflichtige Stellen entstehen können. Zudem können durch eine bessere Vernetzung von Kultur, Jugendhilfe und Bildung - etwa im Ganztag, in oder der frühkindlichen Bildung - Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen, die zugleich gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Ferner setzen wir auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler. Dazu gehören weniger Bürokratie, verlässliche Förderinstrumente und die Stärkung der Kreativwirtschaft als wichtiger Teil der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur des Landes – sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum.		Seit 2014 gibt es bereits das Schülermentor:innen-Programm für kulturelle Bildung. Im Rahmen einer Qualifizierung erwerben die Schüler:innen grundlegende Kenntnisse über Kunst und Kultur. Die SPD wird prüfen, inwieweit der Bedarf und die Nachfrage besteht, um dieses Projekt auszuweiten. Außerdem wird die SPD sich für eine Aufstockung von Landesmitteln einsetzen, um die Weiterqualifizierung im Bereich der kulturellen Bildung voranzutreiben. Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständigen Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur-(bildungs-)orten zusammenarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten der Kultur und der kulturellen Bildung mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren.	Wir wollen dem Fachkräftemangel mit gezielten Offensiven begegnen und Requalifizierung/Weiterbildung stärken. Durch die umfassende Entlastung von Bürokratie und digitalisierte Prozesse stärken wir die Wirkung von Förderung. Verlässliche Förderung steigert die Attraktivität beruflichen Engagements im Kulturbereich. Zudem wollen wir das Ehrenamt stärken (als Ergänzung, nicht Ersatz) und mit Fortbildungsangeboten, besserer Ausstattung und modernen Kommunikationswege die Trägerlandschaft unterstützen.		Gute Löhne und attraktive Arbeitsbedingungen sind das beste Mittel gegen den Personalmangel. Wir fordern eine Ausbildungsoffensive und die Abschaffung des Schulgelds für soziale Berufe. Zudem sollen Qualifikationen und Abschlüsse – auch aus dem Ausland – schneller und unbürokratischer anerkannt werden
	Auch in der kulturellen Bildung ist es wichtig, dass die Mitarbeitenden zu rechtlichen und administrativen Abläufen informiert sind. Wie unterstützen Sie die Strukturen in den kommenden Jahren bei Themen wie: digitale Rechnungen/ elektronische Akten; Jugendschutz; Datenschutz? Wie unterstützen Sie landesweite Dach- und Fachverbände dabei ihre Mitgliedsstrukturen fortzubilden?	Der Fortbildung messen wir als CDU eine hohe Bedeutung bei, insbesondere im Hinblick auf Qualitätssicherung. Statt einer reinen Mittelaufstockung setzen wir auch auf ergänzende Förderinstrumente, etwa zeitlich befristete Modellprojekte, die Nutzung bestehender Fortbildungsangebote (z.B. zu Kinderschutz, Datenschutz oder BNE), stärkere Kooperationen mit Hochschulen, Landesakademien und Trägern der Erwachsenenbildung sowie auf digitale Fortbildungsformate, um Reichweite und Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.		Fortbildungsmaßnahmen waren schon immer in der Fördersystematik für die Kinder- und Jugendarbeit abgebildet. Sie wurden auch von den Verbänden umgesetzt. Besondere Herausforderungen bedürfen besonderer Unterstützung. Dafür setzt sich die SPD gerne ein.	Wir stehen für Digitalisierung und Entbürokratisierung, auch und gerade in Förder- und Verwaltungsprozessen. Das Fördernwesen soll vereinfacht und vollständig digitalisiert werden, was auch bei der Umstellung auf digitale Rechnungen und elektronische Akten hilft. Datenschutz darf keine Fortschrittsbremse sein und Innovation nicht im Weg stehen. Gleichzeitig wollen wir Vereine und Träger von unnötigen Datenschutzpflichten entlasten und den Landesdatenschutzbeauftragten dabei unterstützen, Fortbildungen und Beratungen für Kommunen, Unternehmen und Vereine anzubieten. Beim Jugendschutz setzen wir auf klare, verständliche Standards und praxistaugliche Handreichungen. Die Mitgliederentwicklung obliegt zuvorderst den Verbänden selbst. Wir wollen dazu beitragen, dass funktionale Strukturen, auskömmliche Finanzierungen und leichtgängige Förderungen den verlässlichen Rahmen für deren Arbeit bieten.		Wir fordern eine zentrale Service-Stelle des Landes, die rechtssichere Musterlösungen (z.B. für Datenschutz, e-Rechnung) und IT-Infrastruktur für gemeinnützige Träger kostenfrei zur Verfügung stellt.
Kooperation mit Schulen							
Viele Akteur*innen der außerschulischen kulturellen und medienpädagogischen Bildung arbeiten bereits jetzt erfolgreich mit Schulen zusammen.	**Welche konkreten Schritte unternehmen Sie, um die Kooperationen zwischen außerschulischen Partner*innen und Schulen langfristig aufzustellen, im Rahmen des GaFög, dem Ganztag insgesamt und unabhängig davon?**	Die CDU begrüßt die Kooperation von Schulen mit außerschulischen Bildungspartnern. So ermöglichen bspw. die Kulturschulen den Lernenden durch die systematische Verankerung kulturell-ästhetischer Bildung im Schulcurriculum im besonderen Maße ein aktives kreatives Handeln. Sie fördern damit auch eine Lernkultur, die physische, emotionale und soziale Aspekte verbindet. Die CDU möchte das Landesprogramm fortschreiben. Für die CDU ist der Ganztag mehr als ganztägig Schule: Kognitives, soziales und emotionales Lernen gehören zusammen. Unser Anspruch ist, dass sich schulgesetzlicher Ganztag und kommunale Betreuung sich zu einem abgerundeten Gesamtangebot verbinden, in dem auch die außerschulische Bildung ihren Platz hat. Zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung hat die CDULandtagsfraktion eine Betriebskosten-Finanzierung von 68% für kommunale Betreuungsangebote eingebracht, die jahrgangsweise mit dem Rechtsanspruch aufwächst. Um Schulleitungen zu entlasten und außerschulische Partner gelingend einzubinden, fordern wir Koordinierungsstellen Ganztag und Betreuung. Mit Blick auf Angebote im musisch-ästhetischen Bereich und der individuellen Förderung halten wir eine Öffnung der Schulbesuchsverordnung für nötig.	Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Schuljahr 2026/27 eröffnet neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Schulen und Partnern der kulturellen und medienpädagogischen Bildung. Außerschulische Partner leisten einen entscheidenden Beitrag, um Kinder ganzheitlich zu fördern – künstlerisch, sozial und emotional. Für uns GRÜNE sind verlässliche Partnerschaften, transparente Strukturen und langfristige Finanzierung zentrale Voraussetzungen, damit die Angebote nachhaltig wirken. Ganztagsschulen sollen Orte sein, an denen Lernen, kreative Entfaltung und Gemeinschaftserfahrung Hand in Hand gehen. Mit Programmen wie Startchancen BW fördern wir die Einbindung von Akteuren der kulturellen und medienpädagogischen Bildung in den Schulalltag und stärken zugleich das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in Kulturprojekten. Die Einbindung von Akteur*innen aus Kultur, Musik und Sport ermöglicht nicht nur eine bessere Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Angeboten, sondern sorgt auch dafür, dass unter anderem kulturelle Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zugänglich wird. Wir setzen uns deshalb für eine dauerhafte Förderung der Kooperationen mit Schulen ein, um Planungssicherheit, Kontinuität und nachhaltige Strukturen zu gewährleisten. Damit auch Einrichtungen der kulturellen Bildung von einer solchen Kooperation mit Schulen profitieren, sind eine verlässliche Vergütung, klare organisatorische Rahmenbedingungen, der Abbau bürokratischer Hürden sowie eine Koordination, die die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt, unerlässlich. Die Erfahrungen, die bei einem Besuch von außerschulischen Bildungsorten gemacht werden können, bereichern den Unterricht und Fördern die Motivation der Schüler*innen. Daher wollen wir Hürden beim Besuch von außerschulischen Bildungsorten – wie Orte der kulturellen und medienpädagogischen Bildung – abbauen, egal ob im Ganztag, im Rahmen von Startchancen BW oder im regulären Unterricht. Die Zusammenarbeit von außerschulischen Kooperationspartnern mit den Schulen sollte idealerweise im pädagogischen Konzept der Schule verankert sein. Ganztagsschulen können seit dem Schuljahr 2025/26 bis zu 70 % der zusätzlichen Lehrerwochenstunden monetarisieren, also mit dem Gegenwert von Lehrkräftestellen Ganztagsangebote externer Partner finanzieren. Die Vergütung wird in der Kooperationsvereinbarung festgelegt. Wir setzen uns für eine angemessene Vergütung ein, die Qualifikation und Erfahrung berücksichtigt. Angesichts der allgemeinen Lohnentwicklungen halten wir für notwendig, den Gegenwert einer monetarisierten Lehrerwochenstunde anzupassen, um den Schulen weiterhin zu ermöglichen, Partner entsprechend ihrer Qualifikation zu bezahlen.	Kulturelle Bildung kann einen wichtigen Beitrag zur Partizipation, Inklusion und Integration leisten. Sie kann die Persönlichkeit stärken und dabei helfen, an Schwächen zu arbeiten und Stärken auszubauen – und sie ist wesentlicher Teil von Bildung und muss einen festen Platz an unseren Schulen haben. Es ist uns deshalb auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen, Angebote der kulturellen Bildung im schulischen Rahmen zu fördern und für alle zugänglich zu machen. Denn jedes Kind und jede/r Jugendliche haben ein Recht auf kulturelle Bildung. Dabei sind außerschulische Akteur:innen der kulturellen Bildung wichtige Partner. Besonders im Rahmen des Ganztags sehen wir weiteres Potenzial, um diese Zusammenarbeit zu erweitern. Wir möchten insbesondere rhythmisierte Ganztagsschulen ausbauen und so die Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg stärken. In der Rhythmisierung des schulischen Tagesablaufes sehen wir besonderes Potenzial für den Zugewinn an Unterrichtsqualität, da dort sinnvoll zwischen Konzentrations- und Entspannungsphasen abgewechselt werden – so schafft dieses Modell ideale Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag. Mit einem Fonds in Höhe von 20 Mio. Euro möchten wir von der SPD die Zusammenarbeit von Schulen und außerschulischen Akteuren stärken. Diesen hat die SPD-Landtagsfraktion bereits mehrfach in den Haushaltsberatungen im Landtag gefordert – dies wurde leider immer wieder abgelehnt von der grün-schwarzen Landesregierung. Der Fonds bietet Schulleitungen ein flexibel einsetzbares Budget, um unter anderem die Zusammenarbeit mit Musikvereinen zu finanzieren. Zur Entlastung der Schulleitungen und Professionalisierung der Ganztagskoordination werden wir zudem eine deutliche Erhöhung der Entlastungsstunden für Schulleitungen einführen.	Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Ganztag ein, der auf Vielfalt, Qualität und Wahlfreiheit basiert. Außerschulische Partnerinnen und Partner sollen dabei ein fester Bestandteil des Ganztagsangebots sein. Ein qualitativ hochwertiger Ganztag gelingt aus unserer Sicht nur, wenn er multiprofessionell aufgestellt ist und die Kompetenzen von Vereinen, Verbänden und weiteren außerschulischen Akteuren systematisch einbindet. Um Kooperationen langfristig tragfähig zu gestalten, wollen wir verlässliche, landesweit transparente Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, einheitliche Qualitätsstandards, verlässliche Finanzierungsstrukturen sowie ein differenzierter Fachkräftekatalog, der unterschiedliche Qualifikationen abbildet und die Einbindung außerschulischer Fachkräfte ausdrücklich ermöglicht. Wir verstehen den Ganztag nicht als rein schulisches Angebot, sondern als Bildungs- und Betreuungsraum, in dem verschiedene Akteure mit ihren jeweiligen Kompetenzen zusammenwirken. Dafür halten wir Koordinationsstellen für zentral, die als verbindliche Schnittstellen zwischen Schulen, Kommunen, Schulträgern und außerschulischen Partnern fungieren und Kooperationen initiieren, begleiten und absichern. Außerschulische Akteure – etwa aus Kultur, Sport oder Jugendbildung – sollen dabei gleichberechtigt mitwirken. Ihre Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen wollen wir anerkennen und durch niedrigschwellige Basisqualifikationen sowie begleitende Fortbildungsangebote ergänzen. Koordinationsstellen können hierzu beitragen, indem sie Transparenz schaffen und passgenaue Einsätze ermöglichen. Kooperationen sollen nicht projektbezogen bleiben, sondern strukturell verankert werden. Dazu gehört, dass außerschulische Akteure frühzeitig in die Konzeption des Ganztags einbezogen werden und ihre Mitwirkung – auch auf konzeptioneller Ebene – angemessen vergütet wird. Das Land soll hierfür klare Rahmenbedingungen setzen und durch geeignete Finanzierungsmodelle sowie den gezielten Aufbau von Koordinationsstellen die Qualität und Verlässlichkeit des Ganztags dauerhaft sichern.	Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern der kulturellen und medienpädagogischen Bildung sind vielerorts bereits gelebte Praxis und ein wichtiger Baustein für vielfältige Bildungswege. Wir wollen diese Zusammenarbeit langfristig stärken und verlässlich aufstellen – im Zusammenhang mit dem Ganztag und dem GaFöG, aber auch unabhängig davon – im Rahmen der verfügbaren finanziellen Möglichkeiten. Da Kooperationen bislang oft vom Einzelengagement abhängen, möchten wir sie strukturell erleichtern: durch klare Ansprechstrukturen, praxistaugliche Abstimmungswege und verlässliche Rahmenbedingungen. Außerschulische Partner sollen stärker als gleichwertige Bildungspartner wahrgenommen werden, insbesondere dort, wo sie Schulen mit fachlicher Expertise und innovativen Formaten unterstützen. Gerade im Bereich der Medienpädagogik sehen wir wachsenden Bedarf. Wir wollen, dass Schulen bestehende Angebote besser nutzen können – durch bessere Information, Koordination und passgenaue Formate. Die steigende Nachfrage soll dabei realistisch abgebildet werden: durch gezielte Schwerpunktsetzungen und eine Finanzierung, die sich an Bedarf und Wirkung orientiert. Außerschulische Lernorte sind ein zentraler Bestandteil kultureller Bildung. Deshalb setzen wir darauf, dass Schulen diese Orte planbar und kontinuierlich einbinden können – etwa über wiederkehrende Kooperationen und regionale Netzwerke. Fachkräfte der kulturellen Bildung bringen eigene Qualifikationen mit, die im Ganztag wertvoll sind. Wir wollen Wege unterstützen, wie sie angemessen eingebunden werden können – inklusive praxistauglicher Modelle und fairer Rahmenbedingungen. Außerschulische Akteure sollen zudem bei der Entwicklung von Ganztagskonzepten stärker einbezogen werden, wenn ihre Expertise gefragt ist. Ein zusätzlicher Schwerpunkt ist die gezielte Förderung junger Talente. Wir wollen Formate unterstützen, die Begabungen erkennen und entwickeln – und jungen Menschen mit besonderem Potenzial auch Elitenförderung und Entwicklungspfade eröffnen.	Wir wollen Kooperationsverträge auf Augenhöhe, die mehrjährig angelegt sind, um Planungssicherheit zu schaffen. Kulturelle Bildung muss fester Bestandteil des Ganztags-Budgets werden.
	Wie stellen Sie sicher, dass die außerschulischen Angebote in der Medienpädagogik in den Schulen genutzt werden? - Wie wird die steigende Nachfrage in diesem Bereich finanziert?			indem wir die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partnern weiter fördern, Austauschformate schaffen und notwendige finanzielle Mittel bereitstellen. Außerdem werden wir Schulen noch besser über bestehende Angebote informieren und die Ausbildung von Schülermentor:innen stärken. Medienpädagogik ist essenziell und die Einbindung außerschulischer Partner kann einen wertvollen Mehrwert für Schulen bieten, insbesondere, da Angebote außerschulischer Partner den Schülerinnen und Schülern beste Möglichkeiten bieten, sich auszuprobieren und in vielfältigen Projekten aktiv zu werden. Besonders mit Blick auf die Themen Fake-News, KI oder Mobbing über Social Media können außerschulische Angebote der Medienpädagogik wichtige Aufklärung und Weiterbildung für Kinder und Jugendliche leisten.	Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation für junge Menschen ist. Außerschulische medienpädagogische Angebote können Schulen sinnvoll ergänzen, insbesondere durch ihre Praxisnähe und Aktualität. Wir wollen Schulen die Möglichkeit eröffnen, solche Angebote gezielt in ihre pädagogischen Konzepte einzubinden, etwa im Rahmen des Ganztags oder projektorientierter Formate. Wir gehen davon aus, dass die steigende Nachfrage nach medienpädagogischen Angeboten langfristig nur durch eine verlässliche Finanzierung gedeckt werden kann. Wichtig ist uns, dass Mittel möglichst unbürokratisch bei den Schulen und Kooperationspartnern ankommen und flexibel eingesetzt werden können.		Durch eine feste Verankerung im Bildungsplan und entsprechende Zeitbudgets für Lehrkräfte zur Koordination. Die Finanzierung muss über das Land gesichert sein, damit sie nicht vom Geldbeutel der Eltern oder des Schulträgers abhängt.

	Orte der kulturellen Bildung sind außerschulische Bildungsorte: Wie stellen Sie sicher, dass diese Bildungsorte von Schulen kontinuierlich genutzt werden?			Kooperationen zwischen Ganztagsschulen und Kulturinstitutionen sollen Kunst und Kultur fest in der Bildung verankern. Wir von der SPD werden sicherstellen, dass die Schulen über die vorhandenen Angebote umfänglich informiert werden. Die Einbindung und Auswahl der Angebote in den Schulalltag liegt allerdings primär in der Verantwortung der Schulleitung, welche die pädagogischen Entscheidungen trifft. Ausdrücklich im Rahmen des Ganztags möchten wir aber mehr Möglichkeiten für Zusammenarbei schaffen – und die notwendigen finanziellen Mittel für solche Kooperationen bereitstellen. Wir werden zudem prüfen, welche rechtlichen Regelungen angepasst werden müssen, um die Nutzung außerschulischer Bildungsorte besser in den Schulalltag zu integrieren, um eine bessere Rechtsicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.	Wir Freie Demokraten messen außerschulischen Bildungsorten wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Bibliotheken oder kulturellen Einrichtungen eine große Bedeutung zu. Diese Orte bieten Lern- und Erfahrungsräume, die Schule allein nicht ersetzen kann. Wir wollen Schulen ermutigen und befähigen, diese Angebote kontinuierlich in ihre Bildungsarbeit einzubeziehen. Wir setzen dabei auf verlässliche Kooperationen, die über Einzelprojekte hinausgehen. Durch langfristige Vereinbarungen, klare Ansprechstrukturen und eine bessere Verzahnung von Schule und außerschulischen Bildungsorten soll sichergestellt werden, dass kulturelle Bildungsangebote regelmäßig genutzt werden und für Schülerinnen und Schüler gut erreichbar sind.		Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Lösungen suchen, um außerunterrichtliche Angebote der kulturellen Bildung, etwa in Form von Ganztagsschul-AGs oder Projektwochen, zu realisieren. Auf Bundesebene haben wir uns bereits für die Entfristung und finanzielle Aufstockung von Programmen wie „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" eingesetzt.
Für die Arbeit in der kulturellen Bildung werden andere Qualifikationen erworben als für den Schuldienst oder die Soziale Arbeit.	**Wie können Fachkräfte der kulturellen Bildung zukünftig im Ganztag eingebunden sein? Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um entsprechende berufliche Erfahrungen angemessen zu berücksichtigen?**	Siehe dazu auch Frage 3. Die konkrete Ausgestaltung des schulgesetzlichen Ganztags bzw. von kommunalen Betreuungsangeboten liegt bei den Schulen bzw Schulträgern vor Ort. Gleichwohl wirbt die CDU für eine verlässliche Kooperation mit außerschulischen Partnern. Zu beraten ist, wie die Bildungsarbeit im musisch-ästhetischen Bereich im Rahmen des schulgesetzlichen Ganztags auskömmlich finanziert werden kann, bspw. mit einer spezifischen Vergütungspauschale.		Außerschulische Partner sind ein wichtiger Bestandteil des Ganztagsbetriebs – und Ganztag soll Kindern und Jugendlichen ermöglichen, ihre individuellen Talente zu fördern und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen. Wir werden Schuler und deren Schulleitungen die Möglichkeit geben, außerschulische Akteure – insbesondere im Rahmen des Ganztags – im Rahmen der Monetarisierung von Lehrkräftestellen auch in Zukunft in den Schulalltag einzubeziehen. Die Ausgestaltung liegt dabei primär bei der Schulleitung. Im Rahmen der Ganztagsbetreuung können außerschulische Akteure ebenfalls wichtige Partner sein – dabei legen wir großen Wert auf Qualität. Berufliche Erfahrung muss dabei im Besonderen auch mit Blick auf pädagogische Qualifikationen bewertet werden. Es ist daher notwendig, ausreichend Weiterqualifizierungsmöglichkeiten anzubieten. Kooperationsstrukturen zwischen den außerschulischen Partnern sowie zwischen ihnen und den Schulen werden wir ausbauen und gemeinsam mit allen Beteiligten stärken.	Wir Freie Demokraten erkennen an, dass Fachkräfte der kulturellen Bildung über spezifische Kompetenzen verfügen, die für den Ganztag wertvoll sind. Diese Qualifikationen unterscheiden sich bewusst von klassischen Lehramts- oder sozialpädagogischen Abschlüssen und müssen eigenständig anerkannt werden. Wir wollen deshalb mithilfe eines differenzierten Fachkräftekatalogs vielfältige Qualifikationen im Ganztag ermöglichen. Berufliche Erfahrungen, Zusatzqualifikationen und nachgewiesene Praxis in der kulturellen Bildung sollen bei der Einbindung in den Ganztag ebenso berücksichtigt werden. Ziel ist es, Zugangswege offen zu gestalten, ohne die Qualität der Angebote zu gefährden.		Wir lehnen Honorarverträge ab, die Scheinselbstständigkeit fördern. Fachkräfte der kulturellen Bildung im Ganztag sollten fest angestellt oder über Honorare vergütet werden, die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (inkl. Vor- und Nachbereitungszeit) entsprechen.
	Welche Weichen stellen Sie auf Landesebene, um angemessene Bezahlung, zu ermöglichen?			Die Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende und Fachkräfte der kulturellen Bildung müssen dringend verbessert werden. Die SPD steht für eine faire Bezahlung auf Basis tariflicher Regelungen ein – auch in Kunst, Kultur und kultureller Bildung. Die SPD wird die Arbeit von Soloselbstständige Künstler:innen und von Fachkräften in der kulturellen Bildung stärker unterstützen, etwa durch die Ausweitung von Honoraren für freischaffende Kreative, die mit Landesmuseen oder anderen geförderten Kultur-(bildungs)-orten zusammnarbeiten. Die SPD strebt an, angemessene Honorare bei Projekten der Kultur und der kulturellen Bildung mit Landesförderung als Voraussetzung zu etablieren.	Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass gute Arbeit auch angemessen bezahlt werden muss. Dies gilt ausdrücklich auch für Fachkräfte und Honorarkräfte in der kulturellen Bildung, die im Ganztag oder in schulischen Kooperationen tätig sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Vergütungsstrukturen transparent und qualifikationsbezogen ausgestaltet werden. Das Land kann hier durch klare Rahmenvorgaben dazu beitragen, dass eine angemessene Bezahlung in der kulturellen Bildungsarbeit möglich ist.		Angemessene Bezahlung für kulturelle Fachkräfte ist eine Voraussetzung für gute kulturelle Bildung und darf kein Randthema bleiben. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass Förderprogramme und Zuwendungen so ausgestaltet werden, dass faire Honorare und tariforientierte Bezahlung verbindlich eingeplant werden können. Konkret heißt das: Wir wollen verbindliche Honoraruntergrenzen und die Anerkennung von Vor- und Nachbereitungszeiten in der Kultur- und Jugendbildung. Landesmittel müssen auskömmlich bemessen sein und steigende Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Zudem braucht es mehrjährige Förderungen statt kurzfristiger Projektfinanzierung, um Planungssicherheit zu schaffen und prekäre Beschäftigung zurückzudrängen. Gute kulturelle Arbeit braucht gute Arbeitsbedingungen – dafür müssen auf Landesebene die finanziellen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden.
	Welche Rolle sollen außerschulische Akteur*innen der kulturellen Bildung bei der Entwicklung von Ganztagsschulen spielen? Wie sollen sie bei der Entwicklung von Konzepten inhaltlich eingebunden werden? Wie sollen sie für ihre (konzeptionelle) Mitwirkung vergütet werden?			Die Schulleitungen tragen die Verantwortung für das gesamtpädagogische Konzept und dessen konkreter Ausgestaltung an den Schulen. Sie entscheiden in erster Linie über die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Die SPD wird sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Partner weiter zu fördern und zu ermöglichen sowie Austauschmöglichkeiten ausbauen. Kulturelle Bildung ist Teil von Bildung und muss deshalb in den Schulalltag integriert werden. Wir befürworten weiterhin eine Vergütung über eine Monetarisierungsmodell, bei dem eine Monetarisierung von Lehrkräftestellen zu mindestens 70 Prozent möglich ist.	Wir Freie Demokraten sehen außerschulische Akteurinnen und Akteure der kulturellen Bildung nicht nur als Durchführende einzelner Angebote, sondern als wichtige Partner bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Ganztags – egal ob im Rahmen einer Ganztagsschule oder der Ganztagsbetreuung. Ihre Expertise kann dazu beitragen, Ganztagsangebote vielfältig, attraktiv und kindgerecht zu entwickeln. Wir sprechen uns dafür aus, diese Akteure frühzeitig in die Entwicklung von Ganztagskonzepten einzubeziehen, etwa über Arbeitsgruppen oder Kooperationsformate auf kommunaler Ebene. Konzeptionelle Mitwirkung kann dabei auch als fachliche Leistung anerkannt und vergütet werden, etwa über Projektmittel oder vertraglich geregelte Honorare.		Außerschulische Akteurinnen der kulturellen Bildung sind zentral für die Entwicklung guter Ganztagsschulen. Sie erweitern schulische Bildung um kreative lebensweltnahe und ganzheitliche Perspektiven und sollten daher als gleichberechtigte Partnerinnen eingebunden werden. Wir wollen, dass sie frühzeitig und verbindlich an der Konzeptentwicklung beteiligt sind – mit festen Beteiligungsstrukturen und ausreichenden Zeiträumen für gemeinsame Planung. Ihre konzeptionelle und pädagogische Arbeit muss fair vergütet werden, einschließlich Vor- und Nachbereitung. Dafür braucht es klare Honorarstandards und langfristige Kooperationen statt kurzfristiger Projektverträge.
Frühe kulturelle Bildung							
	Musisch-ästhetische Bildung wird im neuen Orientierungsplan für Kindertageseinrichtungen des Landes Baden-Württemberg explizit genannt, das begrüßen wir sehr.	Der im Juli 2025 vorgestellte weiterentwickelte Orientierungsplan für Bildung und Erziehung führt mit den Bildungs- und Entwicklungsfeldern „Ästhetische Bildung" und „Medienbildung" zwei Themen aus, die bisher weniger Raum eingenommen haben. Der Orientierungsplan geht in eine mehrjährige Transferphase. Seine Umsetzung ist als dynamisches und dauerhaftes Vorhaben zu verstehen. Es gilt, den Plan in der Praxis zu leben, fortlaufend zu reflektieren und neuen Gegebenheiten anzupassen. Dabei sind Anregungen aus der Praxis willkommen. Für die konkrete Umsetzung vor Ort zeichnen die Kita-Träger verantwortlich. Die CDU befürwortet eine Kooperation mit Bildungspartnern.	Kulturelle Bildung ist für uns GRÜNE selbstverständlicher Bestandteil frühkindlicher Bildung. Kinder erschließen sich die Welt früh über Musik, Bewegung, Sprache, Bilder, szenisches Spiel und kreatives Gestalten. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass der weiterentwickelte Orientierungsplan mit der ästhetischen Bildung ein neues eigenständiges Bildungs- und Entwicklungsfeld aufgreift und damit musisch-ästhetische Zugänge sichtbar stärkt. Konkret heißt das für uns, dass kulturelle Bildung in der frühkindlichen Bildung alltagsintegriert, kindorientiert und niedrigschwellig stattfinden soll, nicht als Zusatzprogramm, sondern als Teil einer ganzheitlichen Bildungsbegleitung. Gerade für Kinder aus Familien, die zu Hause wenig Zugang zu kulturellen Angeboten erfahren, eröffnet die Kita zentrale Räume für Teilhabe und selbstwirksame Ausdrucksformen. So leistet frühe kulturelle Bildung einen wichtigen Beitrag zu Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit, die für uns leitend sind. Träger der kulturellen Bildung sind für uns zentrale Kooperationspartner in der frühen Bildung. Auch der Orientierungsplan betont ausdrücklich die Bedeutung von Kooperationen im Sozialraum. Die Akteure der kulturellen Bildung bringen fachliche Kompetenzen ein und erweitern den Erfahrungsraum von Kindern über die Kita hinaus. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Kooperationen verlässlich, langfristig und gut verzahnt gestaltet werden, etwa durch die Möglichkeit regelmäßiger Angebote in Kitas, gemeinsamer Projekte oder aufsuchender Formate, die Kinder direkt in ihrem Alltag erreichen. Wichtig ist uns dabei, dass kulturelle Bildung inklusiv gedacht wird und alle Kinder anspricht, unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Damit das gelingt, braucht es klare Rahmenbedingungen: Planungssicherheit für Träger der kulturellen Bildung, faire Honorierung ihrer Arbeit und eine gute und regelmäßige Abstimmung mit den pädagogischen Fachkräften vor Ort. Gute frühkindliche Bildung steht und fällt mit gut ausgebildeten Fachkräften. Ästhetische und kulturelle Bildung ist bereits jetzt Bestandteil der Ausbildung pädagogischer Fachkräfte. Mit dem weiterentwickelten Orientierungsplan, der die ästhetische Bildung als eigenständiges Bildungs- und Entwicklungsfeld nun weiter stärkt, entsteht ein erweiterter fachlicher Rahmen, der in der aktuellen Transferphase konsequent in die Praxis übersetzt werden muss. Für uns bedeutet das: Auch die Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote sollten weiterentwickelt und gezielt an den neuen Orientierungsplan angepasst werden. Entscheidend ist, dass Fachkräfte nicht nur theoretische Grundlagen erwerben, sondern sich im Berufsalltag sicher fühlen, musisch-ästhetische Bildungsprozesse kindgerecht, inklusiv und alltagsintegriert umzusetzen. Gerade in der Fort- und Weiterbildung sehen wir hier großes Potenzial: durch praxisnahe Qualifizierungsangebote, Fachberatung und den regelmäßigen Austausch mit Akteur:innen der kulturellen Bildung. Gleichzeitig braucht es gute Rahmenbedingungen in den Einrichtungen: Zeit für pädagogische Arbeit, multiprofessionelle Teams und Entlastung von Bürokratie. So wird die Weiterentwicklung des Orientierungsplans mit dem Bildungs- und Entwicklungsfeld ästhetische Bildung nicht zur zusätzlichen Belastung, sondern zu einem selbstverständlichen und bereichernden Teil des pädagogischen Alltags.	Auch wir von der SPD begrüßen die Nennung im neuen Orientierungsplan, da musisch-ästhetische Bildung ein wichtiger Teil der frühkindlichen Bildung ist.		Kulturelle Bildung soll in der frühen Bildung fest und alltagsnah verankert sein – als Bestandteil einer ganzheitlichen Förderung, die Kinder in ihrer Kreativität, Ausdrucksfähigkeit und Wahrnehmung stärkt. Der neue Orientierungsplan Baden-Württemberg benennt dabei ausdrücklich ästhetische Bildung und setzt damit einen klaren Rahmen für die pädagogische Praxis in Kitas und Kindertagespflege. Träger der kulturellen Bildung – etwa Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendzirkusse, Jugendbibliotheken und Vereine – können hierbei wichtige Partner sein: Sie bringen Fachkompetenz, geeignete Formate und Praxiserfahrung mit und ergänzen die Arbeit der Einrichtungen sinnvoll. Entscheidend ist für uns, dass Kooperationen praktikabel, verlässlich und am Bedarf der Kitas orientiert sind – ohne zusätzliche Bürokratie und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.	
	Wie soll kulturelle Bildung in der frühen Bildung verankert sein? Welche Rolle spielen hier die Träger der kulturellen Bildung wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendzirkusse, Jugendbibliotheken und Vereine?			Die SPD ist der Auffassung, dass kulturelle Bildung einen wichtigen Raum in Kitas einnimmt – dies gilt für alle Bereiche der kulturellen Bildung, die spielerisch in den Kita-Alltag integriert werden. Zum Beispiel leistet das Programm „Singen – Bewegen – Sprechen" einen bedeutenden Beitrag zur alltagsintegrierten Sprachförderung in Kitas. Gerade das spielerische Erlernen von Sprachbildern spielt eine große Rolle. Darüber hinaus sind Kooperationen bspw. mit Bibliotheken bereits gelebte Praxis in zahlreichen Kindertageseinrichtungen, die wir beibehalten werden. Die Träger der kulturellen Bildung sind sinnvolle Ergänzungen und Kooperationspartner für den Kita-Alltag.	Wir Freie Demokraten messen der kulturellen Bildung in der frühen Kindheit eine hohe Bedeutung bei. Musisch-ästhetische Erfahrungen fördern Kreativität, Ausdrucksfähigkeit und soziale Kompetenzen bereits im frühen Alter. Kulturelle Bildung soll daher als selbstverständlicher Bestandteil frühkindlicher Bildung verstanden werden. Wir sehen Träger der kulturellen Bildung – wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Jugendzirkusse, Bibliotheken und Vereine – als wichtige Partner für Kitas, Kindertagespflege und Eltern. Sie bringen fachliche Expertise und erprobte Konzepte ein und können frühkindliche Bildung sinnvoll ergänzen. Kooperationen sollen erleichtert und gestärkt werden, damit Kinder frühzeitig Zugang zu kulturellen Angeboten erhalten. Unser Gutscheinmodell als Finanzierungssäule der Kinderbetreuung soll dabei die Wahlfreiheit der Eltern stärken und dabei gerade auch die Nutzung von kulturellen Bildungsangeboten leichter ermöglichen.		Kulturelle Bildung muss als Pflichtbestandteil der Lehrkräftebildung sowie in der Ausbildung von Erzieher*innen verankert werden. Wir wollen, dass Kindertageseinrichtungen von Anfang an Orte des gemeinsamen Lernens und der ästhetischen Erfahrung sind, wobei Träger wie Musik- oder Jugendkunstschulen strukturell eingebunden werden.
	Wie soll sich ästhetische frühe Bildung zukünftig in der Aus- und Fortbildung von Kita-Personal verankert sein?			Ästhetische frühe Bildung soll zukünftig in der Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften als wichtiges Element der Aus- und Fortbildung enthalten bleiben, um Kindern frühzeitig einen möglichst niedrigschwelligen Zugang dazu ermöglichen zu können. In der ästhetischen Bildung geht es darum, Kinder zum Wahrnehmen und Erforschen der Welt anzuregen – mit allen Sinnen. Für Kinder bietet die Kita neben dem Elternhaus einen wichtigen Erfahrungsraum, weshalb gerade die mit allen Sinnen erlebte ästhetische Bildung ein wichtiges Element der pädagogischen Aus- und Weiterbildung darstellt. Zur Umsetzung in den Kitas gehören selbstverständlich Partnerschaften zwischen Jugendkunstschulen sowie Kitas und Schulen. Es war daher wichtig, dass die Kooperationsgelder mit Kitas und Schulen verstetigt wurden. Den Verwaltungsaufwand solcher Kooperationen möchten wir jedoch weiter reduzieren.	Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass ästhetische und kulturelle Bildung auch in der Qualifizierung von pädagogischem Fachpersonal eine Rolle spielen sollte. Grundlagen in Musik, Bewegung, Theater oder bildnerischem Gestalten können Erzieherinnen und Erzieher dabei unterstützen, kulturelle Bildungsimpulse im Kita-Alltag aufzugreifen. Wir setzen uns dafür ein, entsprechende Inhalte in Aus- und Fortbildungsangeboten zu berücksichtigen und praxisnah auszugestalten. Dabei ist uns wichtig, dass Fachkräfte nicht überfordert werden, sondern gezielt unterstützt und weitergebildet werden – auch in Kooperation mit externen Trägern kultureller Bildung.		
Freiwilliges Engagement in der Kultur							
	Wie wollen Sie das freiwillige Engagement von jungen Menschen in Kunst und Kultur in Baden-Württemberg weiterhin stärken?	Wir setzen auf verlässliche und stabile Strukturen, in denen sich junge Menschen engagieren können. Vereine, Musik- und Kunstschulen und Jugendkulturinitiativen müssen Planungssicherheit haben, damit ehrenamtliches Engagement nicht durch unsichere Finanzierung ausgebremst wird. Als CDU stehen wir als verlässlicher Partner an der Seite der Träger. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung des Ehrenamts und der Abbau von Bürokratie. Junge Menschen sollen sich auf ihre kreativen Projekte konzentrieren können und nicht an komplizierten Anträgen oder rechtlichen Hürden scheitern. Wichtig ist uns außerdem die frühe Heranführung an freiwilliges Engagement. Kulturelle Bildung in Schulen, Ganztagsangeboten und der außerschulischen Jugendarbeit schafft Zugänge zu Kunst und Kultur und weckt die Bereitschaft, sich später freiwillig einzubringen. Wer früh Verantwortung übernimmt, bleibt häufig langfristig engagiert.	Freiwilliges Engagement junger Menschen ist eine tragende Säule der Kunst- und Kulturlandschaft in Baden-Württemberg. Für uns GRÜNE stärkt kulturelles Engagement Selbstwirksamkeit, soziale Kompetenzen und demokratische Haltung. Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder finanziellen Möglichkeiten – Zugang zu kulturellem Engagement erhalten. Das FSJ Kultur spielt dabei eine zentrale Rolle. Es ermöglicht jungen Menschen Einblicke in Kunst, Kultur und kulturelle Bildung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchs- und Fachkräfteentwicklung. Wir wollen das FSJ Kultur langfristig absichern, weiterentwickeln und stärken – durch den Erhalt und Ausbau von Einsatzstellen, eine gute pädagogische Begleitung und faire Rahmenbedingungen für Freiwillige. Jugendkultur braucht Räume, Sichtbarkeit und Anerkennung. Formate wie „deluxe	Die SPD macht sich dafür stark, dass alle Kinder und Jugendlichen in ganz Baden-Württemberg Zugang zu kultureller Bildung haben. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Kunst- und Kulturangeboten sicherstellen – denn Kunst und Kultur müssen allen offen stehen. Zudem wird die SPD einen landesweiten Kulturpass einführen, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle. Ehrenamtliches Engagement auch in der kulturellen Bildung, wird die SPD weiter fördern.	Freiwilliges Engagement junger Menschen ist für uns Freie Demokraten ein unverzichtbarer Pfeiler einer lebendigen Kulturlandschaft. Wir wollen Engagement ermöglichen, nicht erschweren. Deshalb setzen wir auf weniger Bürokratie, mehr Vertrauen und bessere Rahmenbedingungen für Vereine, Initiativen und Projekte, in denen sich junge Menschen kulturell engagieren. Auch wollen wir das erbrachte Engagement wertschätzen, indem die Ehrenamtskarte flächendeckend, bürokratieärmer und attraktiver ausgestaltet werden soll.	Wir wollen das freiwillige Engagement junger Menschen in Kunst und Kultur weiterhin unterstützen, indem wir gute Rahmenbedingungen für Projekte, Mitwirkung und Eigeninitiative fördern – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten. Wichtig sind uns dabei niedrigschwellige Zugänge, verlässliche Ansprechpartner und Anerkennungskultur. Das FSJ Kultur ist für uns ein wichtiger Baustein, um jungen Menschen praktische Erfahrungen, Orientierung und Teilhabe im Kulturbereich zu ermöglichen. Wir wollen dieses Angebot bedarfsgerecht weiterentwickeln und stärken – insbesondere durch gute Begleitung, Qualität in der Einsatzstellenarbeit und attraktive Rahmenbedingungen. Formate wie „deluxe- Lange Nacht der Jugendkultur Baden-Württemberg" leisten einen wertvollen Beitrag, um Jugendkultur sichtbar zu machen und Engagement zu würdigen. Wir wollen solche Initiativen im Rahmen der Möglichkeiten unterstützen, weil sie kreative Räume öffnen, Vernetzung fördern und junge Talente ermutigen, sich einzubringen.	Engagement darf kein Luxus sein. Wir fordern ein kostenfreies ÖPNV-Ticket für alle Freiwilligendienstleistenden in ganz Baden-Württemberg und eine deutliche Erhöhung des Taschengeldes.

	Welche Rolle spielt dabei das FSJ Kultur für Sie? Wie wollen Sie das FSJ Kultur in Baden-Württemberg weiterentwickeln?	Am 01.12.2024 absolvierten 13.913 junge Menschen ein Freiwilliges Soziales Jahr (FJS) in BW - im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 14 Prozent und der zweithöchste Stand seit Einführung des FSJ. Die CDU unterstützt die Möglichkeit eines Freiwilligen Sozialen Jahrs. Im FSJ Kultur können Jugendliche an kreativen Prozessen teilhaben, hinter die Kulissen blicken und eigene Projekte verwirklichen. Dadurch gewinnen sie Identität, Selbstvertrauen und berufliche Orientierung.	Jugendkultur braucht Räume, Sichtbarkeit und Anerkennung. Formate wie „deluxe – Lange Nacht der Jugendkultur Baden-Württemberg" machen kulturell engagierte junge Menschen sichtbar und geben ihnen eine Bühne für eigene Ausdrucksformen. Solche landesweiten Plattformen wollen wir weiterhin unterstützen und ausbauen.	Wir schaffen neue Anreize für den Freiwilligendienst. Freiwilligendienste wie das FSJ sind ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zu einem Recht auf Freiwilligendienst für junge Menschen. Wir erhöhen die Landesförderung mit dem Ziel, Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten. Wir wollen kostenlose ÖPNV-Tickets für Freiwilligendienstleistende stellen und mehr Einsatzmöglichkeiten schaffen. Wir wollen daher die Finanzierung der Freiwilligendienste auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickeln. Die verschiedenen Einsatzbereiche des FSJ halten wir alle für wichtig. Die Attraktivität wird neben den staatlichen Bedingungen auch jeweils ganz erheblich durch die Träger des FSJ bestimmt. Mit den Trägern innerhalb der Kultur arbeiten wir genauso gut zusammen wie mit denen aus den anderen Einsatzbereichen.	Das FSJ Kultur ist für uns ein zentrales Instrument der Engagementförderung, Berufsorientierung und Persönlichkeitsentwicklung. Es ermöglicht jungen Menschen, Kulturarbeit praktisch kennenzulernen und Verantwortung zu übernehmen, unabhängig vom eigenen sozialen oder finanziellen Hintergrund. Daher sollte es auch künftig mit verlässlicher Finanzierung und guten Rahmenbedingungen für Träger und Einsatzstellen bedacht sein.	Talente ermutigen, sich einzubringen.	Es spielt eine zentrale Rolle. Wir wollen die Plätze im FSJ Kultur ausbauen und sicherstellen, dass die Einsatzstellen (die oft finanziell klamm sind) bei den Sozialversicherungsbeiträgen stärker entlastet werden. Das FSJ muss voll auf Wartezeiten für Studienplätze und Rentenzeiten angerechnet werden.
	Mit "deluxe - Lange Nacht der Jugendkultur Baden-Württemberg" macht die LKJ Baden-Württemberg Jugendkultur und kulturell engagierte junge Menschen sichtbar. Wie unterstützen Sie Jugendkultur und kulturelle engagierte junge Menschen?	Die Lange Nacht der Jugendkultur wird vom Sozialministerium gefördert. Darüber hinaus können kulturell engagierte junge Menschen, die ehrenamtlich tätig werden, von der Ehrenamtskarte profitieren und von den Erleichterungen, die jüngst von der CDUgeführten Bundesregierung auf den Weg gebracht wurden, namentlich der Anhebung der Übungsleiter- und der Ehrenamtspauschale sowie der erweiterten Freistellung ehrenamtlich Tätiger von Haftungsrisiken.		Die SPD macht sich dafür stark, dass alle Kinder und Jugendlichen in ganz Baden-Württemberg Zugang zu kultureller Bildung haben. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Kunst- und Kulturangeboten sicherstellen – denn Kunst und Kultur müssen allen offen stehen. Zudem wird die SPD einen landesweiten Kulturpass einführen, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle. Ehrenamtliches Engagement auch in der kulturellen Bildung, wird die SPD weiter fördern. Viele Maßnahmen dazu werden aus dem Masterplan Jugend oder aus anderen Mitteln aus dem Landeshaushalt, die im Landesjugendplan aufgeführt sind, gefördert. Es ist aber auch wichtig, die kommunalen Förderungen zu erhalten. Denn viele Teile der Jugendkultur geschehen in kommunalen Jugendhäusern oder Vereinen. Dafür setzen wir uns in der SPD ein.	Jugendkultur braucht Sichtbarkeit, Räume und Vertrauen. Formate wie „deluxe – Lange Nacht der Jugendkultur Baden-Württemberg" zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig, kreativ und eigenständig Jugendkultur im Land ist. Solche Plattformen halten wir für besonders wertvoll, weil sie junge Perspektiven ernst nehmen und kulturelles Engagement öffentlich sichtbar machen. Jugendkultur ist kein „Nice-to-have", sondern ein wichtiger Ausdruck von Freiheit, Teilhabe und gesellschaftlicher Vielfalt. Diese Energie wollen wir erhalten und stärken.		Wir unterstützen Jugendkultur, indem wir uns für verlässliche Förderstrukturen einsetzen, die jungen Menschen eigenständige Projekte ermöglichen – niedrigschwellig, unbürokratisch und unabhängig von sozialer Herkunft. Dazu gehören frei zugängliche Kultur- und Proberäume, faire Honorare, professionelle Begleitung sowie Schutz- und Freiräume für selbstorganisierte Jugendkultur. Wichtig ist zudem, junge Menschen aktiv in kulturpolitische Entscheidungen einzubeziehen und ihnen echte Gestaltungsmacht zu geben. Jugendkultur darf nicht instrumentalisiert werden, sondern braucht Vertrauen und langfristige Unterstützung.
Verbandliche Arbeit							
In Verbänden organisieren sich die haupt- und ehrenamtlichen Aktiven zu einem bestimmten Thema, auch in der kulturellen Jugendbildung.	**Welche Bedeutung haben Verbände der kulturellen Jugendbildung für Sie? Wie wollen Sie die Arbeit dieser Verbände in Zukunft unterstützen?**	Verbände der kulturellen Jugendbildung sind für die CDU unverzichtbare Akteure einer starken Kinder- und Jugendpolitik. Sie ermöglichen kulturelle Teilhabe, fördern Kreativität, Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen und schaffen Räume, in denen junge Menschen Selbstwirksamkeit, Mitbestimmung und Gemeinschaft erleben. Damit leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Demokratiebildung und zur Stärkung einer offenen, pluralen Gesellschaft. Wir wollen die Arbeit dieser Verbände auch künftig verlässlich unterstützen. Dazu gehören auskömmliche und langfristige Förderstrukturen, die Planungssicherheit geben, der Abbau bürokratischer Hürden sowie die gezielte Stärkung von Qualifizierung, Digitalisierung und inklusiven Angeboten. So sichern wir die Qualität der Arbeit und ermöglichen es den Verbänden, ihre fachliche Expertise und ihre Nähe zur Lebenswelt junger Menschen weiterhin wirksam einzubringen. Verbände der kulturellen Jugendbildung tragen Verantwortung für die Vermittlung demokratischer Werte wie Respekt, Meinungsvielfalt und gesellschaftliches Engagement. Wir setzen uns dafür ein, Verbände und ihre Vertreter, die nach demokratischen Prinzipien arbeiten, konsequent vor Anfeindungen, Diffamierungen und Hetze zu schützen und damit die Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken.	Verbände der kulturellen Jugendbildung sind für uns GRÜNE unverzichtbare Partner. Sie bündeln fachliche Expertise, sichern Qualität, vertreten Interessen und tragen maßgeblich dazu bei, kulturelle Bildungsangebote für junge Menschen zu ermöglichen. Gerade im ländlichen Raum sind sie oft zentrale Akteur*innen, um verlässliche und vielfältige Angebote zu schaffen. Diese Arbeit wollen wir durch langfristige, verlässliche Förderstrukturen stärken und durch Bürokratieabbau entlasten. Verbände leisten zudem einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung. Sie fördern Mitbestimmung, Ehrenamt, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zeiten zunehmender Polarisierung, Anfeindungen und demokratiefeindlicher Tendenzen stehen wir klar an der Seite von Verbänden und Engagierten, die sich für demokratische Werte, Menschenrechte und Teilhabe einsetzen. Wir wollen Verbände und ihre Vertreter*innen besser vor Anfeindungen, Hetze und Bedrohungen schützen – durch politische Rückendeckung, Beratungs- und Präventionsangebote sowie den Ausbau unterstützender Strukturen. Eine starke Zivilgesellschaft braucht Sicherheit, Anerkennung und verlässliche Rahmenbedingungen.	Verbände der kulturellen Jugendbildung sind essenziell und leisten wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft – daher werden wir sie selbstverständlich weiter unterstützen.	Verbände der kulturellen Jugendbildung sind für uns tragende Säulen der Zivilgesellschaft. Sie bündeln fachliche Kompetenz, sichern Qualität, vertreten Interessen ihrer Mitglieder und ermöglichen Engagement über einzelne Projekte hinaus. Gerade im Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt schaffen sie stabile Strukturen, die kulturelle Bildung landesweit zugänglich machen. Wir Freie Demokraten wollen diese Arbeit unterstützen durch verlässliche, transparente Förderstrukturen, die Planungssicherheit ermöglichen; bedarfsgerechte institutionelle Förderung für landesweit wirksame Dach- und Fachverbände; Entbürokratisierung von Förderverfahren und stärkere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die Stärkung der Verbände als Service-, Qualifizierungs- und Vernetzungsstellen für ihre Mitglieder. Unser Leitbild ist dabei: starke Verbände durch Freiheit, Eigenverantwortung und verlässliche Rahmenbedingungen – nicht durch Detailsteuerung.	Verbände der kulturellen Jugendbildung sind für uns wichtige Partner, weil sie Engagement bündeln, Fachwissen weitergeben und Angebote in die Fläche tragen. Wir wollen ihre Arbeit auch künftig im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unterstützen. Für eine demokratische Gesellschaft leisten Verbände einen Beitrag, indem sie Beteiligung, Verantwortung und Gemeinsinn fördern. Gleichzeitig gilt für: öffentlich finanzierte Institutionen und Initiativen müssen sich parteipolitisch strikt neutral verhalten und dürfen selbst weder Hass noch Hetze verbreiten. Verbände und ihre Vertreter, die nach demokratischen Regeln arbeiten, werden bereits jetzt vor Anfeindungen geschützt. Wo politische Neutralität, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden, tragen Verbände dazu bei, Eskalationen und Konflikte zu vermeiden.	Verbände der kulturellen Jugendbildung leisten einen zentralen Beitrag zu einer demokratischen, solidarischen und vielfältigen Gesellschaft. Sie ermöglichen jungen Menschen kreative Selbstentfaltung, kulturelle Teilhabe und kritisches Denken – insbesondere auch für jene, die im formalen Bildungssystem benachteiligt sind. Damit stärken sie Selbstwirksamkeit, Demokratiekompetenz und sozialen Zusammenhalt. Aus linker Perspektive ist kulturelle Jugendbildung ein unverzichtbarer Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir diese Verbände künftig verlässlich unterstützen: durch langfristige und auskömmliche Finanzierung statt Projektunsicherheit, gute Arbeitsbedingungen sowie stärkere Anerkennung neben Schule und anderen Bildungsbereichen. Besondere Schwerpunkte sind der Ausbau im ländlichen Raum, Inklusion, Barrierefreiheit und echte Beteiligung junger Menschen.
	Welche Rolle spielen diese Verbände für eine demokratische Gesellschaft? Wie sollen die Verbände dieser Rolle in Zukunft gerecht werden? Wie wollen Sie Verbände und deren Vertreter*innen, die nach demokratischen Prinzipien und für die demokratischen Rechte arbeiten, vor Anfeindungen und Hetze schützen?			Kultur ist zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und trägt zum Zusammenhalt und zur Demokratieförderung bei. Daher fördern wir Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, strukturell und finanziell. Mit der Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie" wollen Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichern. Zudem ist uns bewusst, dass immer mehr kommunal Engagierte sich Bedrohungen ausgesetzt sehen – daher wollen wir zusätzliche Unterstützungsangebote bereitstellen.	Verbände der kulturellen Jugendbildung leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung. Sie fördern Meinungsvielfalt, kulturelle Ausdrucksfähigkeit, Teilhabe und gesellschaftlichen Dialog, oft niedrigschwellig und nah an der Lebenswirklichkeit junger Menschen. Wer auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung arbeitet muss vor Anfeindungen, Einschüchterung und Hass geschützt werden. Dazu gehört aus unserer Sicht ein klarer Rechtsrahmen und konsequente Rechtsdurchsetzung bei Bedrohung, Hetze oder Gewalt und Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene.		Wir fordern ein Demokratiefördergesetz, um zivilgesellschaftliche Verbände und Initiativen, die sich für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus engagieren, langfristig finanziell abzusichern. Diese Strukturen dürfen nicht länger von befristeter Projektförderung abhängig sein. Zum Schutz vor Anfeindungen und Hetze muss die staatliche Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt ausgebaut werden.
Kinder- und Jugendbeteiligung							
Beteiligung erhöht Transparenz und Identifikation	**Welchen Stellenwert hat Kinder- und Jugendbeteiligung für Ihre Partei?**	Kinder- und Jugendbeteiligung hat für uns einen hohen Stellenwert. Junge Menschen sollen frühzeitig erfahren, dass ihre Stimme zählt und sie ihre Lebenswelt aktiv mitgestalten können. Beteiligung stärkt Verantwortungsbewusstsein, demokratische Kompetenzen und das Vertrauen in politische Prozesse. Deshalb verstehen wir Kinder- und Jugendbeteiligung als festen Bestandteil einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Wir wollen die bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung in BW gezielt weiterentwickeln und stärken. Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen für kommunale Beteiligungsformate, die Unterstützung von Jugendgemeinderäten und Jugendforen sowie der Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten in Schule, Jugendarbeit und digitalem Raum. Wichtig ist uns dabei, Beteiligung niedrigschwellig, inklusiv und altersgerecht zu gestalten. Zugleich setzen wir auf Qualifizierung, Vernetzung und gute Beratung für Fachkräfte, Ehrenamtliche und Kommunen. Bewährte Programme wollen wir sichern und weiterentwickeln und die Perspektiven junger Menschen systematisch in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Unser Ziel ist es, Kinder- und Jugendbeteiligung dauerhaft zu verankern.	Kinder- und Jugendbeteiligung hat für uns GRÜNE einen hohen Stellenwert. Beteiligung erhöht Transparenz, stärkt Identifikation und ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Bildung. Junge Menschen haben ein Recht darauf, gehört zu werden und ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten – auch in Kultur, Bildung und Jugendarbeit. Wir wollen die bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg weiter ausbauen und dauerhaft absichern. Dazu gehören verlässliche Förderungen, Qualifizierungsangebote für Fachkräfte sowie die Stärkung landesweiter Netzwerke. Beteiligung muss niedrigschwellig, wirksam und ernst gemeint sein.	Kinder- und Jugendbeteiligung ist für uns zentral, daher werden wir sie weiter stärken.	Kinder- und Jugendbeteiligung hat für uns Freie Demokraten einen hohen Stellenwert. Wer früh lernt, sich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen mitzugestalten, entwickelt demokratische Kompetenz und Vertrauen in politische Prozesse. Beteiligung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Ausdruck von Respekt gegenüber jungen Menschen und ihrer Perspektive. Deshalb wollen wir auch eine Task-Force-Jugend einrichten, die beim Regierungshandeln Ministerien übergreifend immer auch die Jugend im Blick behält.	Kinder- und Jugendbeteiligung hat für uns einen wichtigen Stellenwert, wenn es um Entscheidungen geht, die junge Menschen direkt betreffen – insbesondere in ihrem Alltag, in Schule, Ausbildung, Freizeit und im kommunalen Umfeld. Beteiligung kann Transparenz fördern und Verantwortung einüben, sie muss aber stets altersgerecht, nachvollziehbar und praktikabel ausgestaltet sein. Wir wollen Beteiligungsstrukturen dort unterstützen, wo sie konkrete Verbesserungen bringen und jungen Menschen echte Rückmeldung und Wirksamkeit ermöglichen. Beteiligung darf nicht zu Sonderrechten führen; Mitbestimmung setzt immer auch Reife, Verantwortungsbewusstsein und das Verständnis für Konsequenzen des eigenen Handelns voraus.	Die Linke misst der Beteiligung junger Menschen einen sehr hohen Stellenwert bei. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre bei allen Wahlen. In den Kommunen sollen Kinder und Jugendliche verpflichtend durch Jugendparlamente oder Kinderräte an Entscheidungen beteiligt werden.
	Wie wollen Sie die Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg weiter ausbauen?			Kinder- und Jugendbeteiligung ist für uns als demokratische Partei zentral. Dies gilt insbesondere für die kommunale Ebene, denn Demokratie beginnt vor Ort – in den Städten und Gemeinden. In Kommunen mit mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sollen Jugendgemeinderäte verpflichtend eingerichtet werden und Jugendbeteiligungsgremien sollen in allen Kommunen und bei allen Themen ein verbindliches Antrags- und Rederecht erhalten. Wir haben diesen Grundsatz auch bei der letzten Änderung des Landtagswahlrechts durch die Absenkung des Wahlalters von 18 Jahre auf 16 Jahre bereits umgesetzt. Zudem werden wir die Schülermitverantwortung (SMV) aufwerten und Projekte wie Demokratietage und Initiativen gegen Extremismus und Rassismus in enger Zusammenarbeit mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat unterstützen	Wir setzen auf echte, wirksame Beteiligung statt formaler Alibi-Formate. Dafür wollen wir bestehende Beteiligungsstrukturen stärken und vernetzen, statt immer neue Parallelformate zu schaffen. Wir wollen interkommunaler und kreisweiter Jugendbeteiligung rechtlich verankern und digitale Beteiligungsformate ausbauen um mehr junge Menschen zu erreichen und Beteiligung niedrigschwellig, freiwillig und altersgerecht gestalten. Schließlich wollen wir Kommunen dabei unterstützen passgenaue Beteiligungsmodelle vor Ort zu entwickeln.		Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung, das in Baden-Württemberg verbindlich gestärkt werden muss. Wir wollen bestehende Beteiligungsstrukturen ausbauen und neue, niedrigschwellige und inklusive Formate schaffen, die echte Einflussmöglichkeiten bieten. Dazu gehören die Stärkung von Jugendgemeinderäten, Jugendforen und landesweiten Beteiligungsgremien durch verlässliche Finanzierung, professionelle Begleitung und klare Mitwirkungsrechte. Besonders wichtig ist es, auch bislang wenig beteiligte junge Menschen zu erreichen, etwa im ländlichen Raum oder in benachteiligten Lebenslagen. Digitale Beteiligung soll ergänzen, nicht ersetzen. Ziel ist eine Beteiligungskultur, in der junge Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt.
Prävention und Schutzkonzepte							
	In der Jugendarbeit sind Schutzkonzepte zur Prävention von (sexualisierter) Gewalt inzwischen vorgeschrieben. Welche weiteren Handlungsbedarfe sehen Sie im Bildungsbereich und im Bereich der Kulturellen Bildung, um den Schutz von jungen Menschen vor (sexualisierter) Gewalt zu gewährleisten?	Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor (sexualisierter) Gewalt hat für uns höchste Priorität. Verbindliche Schutzkonzepte in der Jugendarbeit sind ein wichtiger Schritt, reichen aber allein nicht aus. Deshalb haben wir mit dem „Masterplan Kinderschutz" in BW eine umfassende, systematische Strategie zur Stärkung des Kinderschutzes im Land entwickelt, die darauf zielt, Kinder und Jugendliche wirksam vor Gewalt und Gefährdungen zu schützen und Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verankern. Er versteht Kinderschutz als ein dauerhaftes, ressortübergreifendes und vernetztes System, in dem Sensibilisierung, Prävention, Schutz und Intervention zusammenwirken. Wir halten es für notwendig, Präventionsarbeit und Schutzkonzepte systematisch in alle Bildungsbereiche zu integrieren – von Schule über Ganztag bis zur außerschulischen kulturellen Bildung. Dazu gehören regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für Fachkräfte und Ehrenamtliche, klare Verfahrenswege bei Verdachtsfällen, altersgerechte Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche sowie eine stärkere Verankerung von Schutz und Kinderrechten in Ausbildung und Qualifizierung. Projekte wie „KiSchu BW" leisten hier einen wichtigen Beitrag und sollen aus unserer Sicht fortgeführt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.	Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor (sexualisierter) Gewalt hat für uns oberste Priorität. Schutzkonzepte sind ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Jugendarbeit und kultureller Bildung. Neben der formalen Verpflichtung sehen wir weiterhin Handlungsbedarf bei Qualifizierung, Sensibilisierung und nachhaltiger Umsetzung in der Praxis. Programme wie „KiSchu BW" sind dafür wichtige Bausteine. Wir setzen uns für deren Fortführung und Weiterentwicklung ein. Einrichtungen und Initiativen der kulturellen Bildung wollen wir gezielt bei der Erstellung, Umsetzung und Weiterentwicklung von Schutzkonzepten unterstützen – durch Beratung, Fortbildungen, finanzielle Förderung und den Abbau bürokratischer Hürden. Schutz vor Gewalt ist Teil der Qualität kultureller Bildungsarbeit und eine Investition in das Vertrauen, die Sicherheit und die Zukunft junger Menschen.	Aus Sicht der SPD müssen wir noch mehr für den Schutz von Kindern und Jugendlichen tun. Daher fordern wir, dass die individuellen Schutzkonzepte an Schulen so schnell wie möglich erstellt werden – und die Schulen dafür noch mehr Unterstützung erhalten. Gleichzeitig möchten wir die Schulpsychologie und die Schulsozialarbeit ausbauen. Und mit Blick auf den Umstand, dass sich auch Taten innerhalb des Kontexts Schule ereignen, fordern wir die Einrichtung einer externen und unabhängigen Ombudsstelle des Landes für betroffene Kinder und Jugendliche sexualisierter Gewalt an Schulen. Auch Einrichtungen im Bereich der kulturellen Jugendbildung sollen Schutzkonzepte entwickeln – und dabei die notwendige Unterstützung erhalten. Wir werden prüfen, inwiefern hier eine weitere finanzielle Unterstützung notwendig ist. Denn für uns ist klar: Kindeswohl muss immer oberste Priorität haben.	Wir fordern verlässliche Schutzkonzepte auch im Bildungs- und Kulturbereich, um junge Menschen konsequent zu schützen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass das Schutzkonzept individuell ausgestaltet ist und auch die Fortbildungen des Personals gewährleistet werden.	Notwendig sind praxisnahe Qualifizierung, klaren Zuständigkeiten und eine Unterstützung der Einrichtungen bei Umsetzung der Schutzkonzepte. Wichtig ist uns dabei eine Vertrauenskultur, damit Missstände und Fehlverhalten frühzeitig, offen und ohne Angst angesprochen werden können. Projekte wie „KiSchu BW" können hierfür ein sinnvoller Baustein sein und sollen – abhängig von Bedarf, Wirkung und finanziellen Möglichkeiten – weitergeführt bzw. weiterentwickelt werden.	Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Schutz- und Präventionskonzepte gegen sexualisierte Gewalt müssen flächendeckend in allen Bildungseinrichtungen und Sportvereinen implementiert und durch fortlaufende Schulungen des Personals sowie ein stabiles Netz von Beratungsstellen unterstützt werden.
	Haben Sie vor Projekte wie "KiSchu BW" fortzuführen? Wie wollen Sie Einrichtungen und Initiativen der kulturellen Bildung bei der Erstellung und Umsetung von Schutzkonzepten unterstützen?			Wir haben dazu beigetragen, das Projekt Kinderschutz in Baden-Württemberg zu initiieren. Denn wir wissen, dass nahezu allen Trägern, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, zwar der Kinderschutz wichtig ist, aber mitunter doch das nötige Know-how fehlt. Diese Lücke wird ganz erheblich durch das Projekt Kinderschutz in Baden-Württemberg verringert – und zwar nicht nur in der kulturellen Bildung. Das ist gut so und muss auch so bleiben. Darüber hinaus fördern wir im Bund, im Land und in den Kommunen vielfältige Maßnahmen im Kinderschutz etwa in der Fort- und Weiterbildung oder in der Weitergabe von Informationen. Für die Organisationen, die als Träger der Jugendhilfe anerkannt sind, haben wir von der SPD im Bund die Pflicht zum Kinderschutz gesetzlich verankert. Wir unterstützen auch, dass die allgemeine Förderung von nicht als Träger der Jugendhilfe anerkannten Organisationen in der Kultur, im Sport, in der Kinder- und Jugendarbeit oder in vergleichbaren Tätigkeitsfeldern der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vom Vorhandensein von Kinderschutzkonzepten abhängig gemacht werden. Für die Erstellung von Kinderschutzkonzepten ist eine Unterstützung wie die aus dem Projekt Kinderschutz in Baden- Württemberg erforderlich.	Das Projekt „KiSchu BW" leistet wichtige Arbeit und sollte fortgeführt werden. Wichtig ist, dass die Konzepte an den Kindern/Schutzbefohlenen orientiert sind und praxistauglich ausgestaltet sind. Für uns ist es dabei zusätzlich wichtig, dass die Einrichtungen, die Vereine und weitere Träger nicht mit Bürokratie und Dokumentation über Maß belastet werden. Eine umfassende Sensibilisierung für das Thema Kinderschutz ist für uns unerlässlich!		Wir werden Projekte wie "KiSchu BW" fortführen und ausbauen. Wichtig ist uns, dass auch die Umsetzung (z.B. Kosten für Führungszeugnisse, Fortbildungen, externe Beratungsstellen bei Verdachtsfällen) refinanziert wird, damit Kinderschutz nicht am Geld scheitert.